

Finanzspritze für Hessens Gehörlose in Sicht

Großer Erfolg für den Landtagsabgeordneten Dirk Bamberger: Aufgrund seiner Initiative zusammen mit dem CDU-Kreisverband rückt das Taubblinden- und Gehörlosengeld in greifbare Nähe.



Marburg. Im Landeshaushalt 2021 plant die Landesregierung sechs Millionen Euro für das Taubblinden- und Gehörlosengeld ein. Noch ist es nicht beschlossene Sache, „aber es ist ein ganz wichtiger Anfang“, sagt Dirk Bamberger, der für die CDU in Hessens Landtag sitzt und sich für die Einbringung federführend eingesetzt hat.

„Die Gehörlosen in Hessen kämpfen seit über 40 Jahren für eine Unterstützung, die sich am Blindengeld orientiert. Ihnen ist die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben weitestgehend verwehrt und auch der Alltag gestaltet sich sehr problematisch“, spricht der Marburger aus eigener Erfahrung – er ist Kind gehörloser Eltern und in der Community der Gehörlosen aufgewachsen.

Für etwa 4.000 Anspruchsberechtigte bedeuten die sechs Millionen etwa zwei Dolmetscherstunden im Monat. Ein Tropfen auf den heißen Stein? „Nein“, sagen unterschiedliche Verbände und Beiräte von Stadt und Land. „Wir sehen es als großen Schritt an, dass die Gehörlosen nach einem langen Kampf die Einführung des Gehörlosengeldes erleben dürfen und es hoffentlich bald beantragen können“, so Frank Beilborn, Vorsitzender vom Gehörlosen-Ortsbund Marburg.

Breiner: Das ist zumindest ein Anfang

Er erklärt: „Viele Gehörlose haben neben der Gehörlosigkeit noch weitere Einschränkungen wie Sprachstörung oder verminderte Intelligenzleistung sowie eingeschränkte Schriftsprachkompetenz. Das alles würde einen höheren Betrag durchaus rechtfertigen“, zielt er auch auf die Gleichbehandlung ab, denn „der Betrag ist, analog zum Blindengeld und in Bezug auf die Schwere der Behinderung, nicht ausreichend, um die Mehrkosten abzudecken.“ Für ihn ist aber ein wichtiger Aspekt, dass das Gehörlosengeld nicht auf andere Sozialleistungen angerechnet wird.

Franz-Josef Breiner vom Behindertenbeirat der Stadt Marburg begrüßt die Planungen. „Es ist immer gut, wenn ein Nachteilsausgleich geschaffen wird“, so der Vorsitzende. „Assistenzen müssen finanziert werden“, betont er mit Blick auf die Taubblinden, die Unterstützung in fast allen Lebensbereichen benötigen. „Ihnen ist wenig geholfen, wenn eine vernünftige Assistenz nicht möglich ist. Daher ist das Taubblinden- und Gehörlosengeld zumindest ein Anfang“, so Franz-Josef Breiner.

Bamberger: Die letzten Meter schaffen wir auch noch

Petra Trampe von „Arbeit & Bildung“ bezeichnet die mögliche Einführung sogar als „Meilenstein“ in Sachen Gleichstellung. „Das Blindengeld gibt es schon sehr, sehr lange. Aber die Gehörlosen haben eine gleichwertige Sinnesbehinderung und sind somit genauso betroffen.“

Die Fachberaterin für schwerbehinderte Menschen betont in diesem Zusammenhang noch einmal, dass jedem Gehörlosen bei Gesprächen beispielsweise mit der Krankenkasse, der Pflegeversicherung oder anderen Ämtern ein Dolmetscher zusteht – bezahlt von der jeweiligen Institution. „Wenn er oder sie aber ein Auto kaufen wollen, dann können sie zukünftig einen Dolmetscher von dem Gehörlosengeld bezahlen.“

Die Initiative zur Einführung dieser Hilfe zur Teilhabe geht übrigens auf den CDU-Kreisverband Marburg-Biedenkopf zurück, der schon 2018 das Gehörlosengeld ins Wahlprogramm der hessischen CDU aufnehmen ließ. „Ich bin sehr glücklich, dass wir so weit gekommen sind. Die letzten Meter ins Ziel werden wir auch noch schaffen“, gibt sich Dirk Bamberger, trotz der angespannten Finanzsituation aufgrund der Corona-Pandemie, weiter kämpferisch. Nach der Einführung will er sich „des Problems des massiven Dolmetschermangels annehmen. Es liegt auch hier viel Arbeit vor uns.“

Von Katja Peters